BUNDESPRÄSIDIALAMT

BERLIN, 11. Juli 2007 Spreeweg 1
Geschäftszeichen: 14
(bei Zuschriften bitte angeben)

Sehr geehrte …....

haben Sie vielen Dank für Ihren Brief an den Bundespräsidenten. Ich bitte um Verständnis dafür, dass er Ihnen angesichts der Fülle der ihn täglich erreichenden Post nicht persönlich antworten kann.

In Ihrem Brief bitten Sie den Bundespräsidenten darum, sich für eine Gesetzesänderung im Mietrecht einzusetzen. Obwohl ich die Sorgen der Mieter in der "Onkel-Tom-Siedlung" gut verstehen kann, muss ich Ihnen doch leider mitteilen, dass der Bundespräsident weder in Regierungsverantwortung steht noch über ein Gesetzesinitiativrecht verfügt. Darum vermag er auch keinen Vorschlag für eine Änderung des Mietrechts ins Parlament einzubringen. Wegen der Anregung eines Bürgergesprächs zu diesem Thema bitte ich Sie, sich an den Bezirk Steglitz-Zehlendorf zu wenden.

Ich bedaure, Ihnen keine günstigere Mitteilung machen zu können.
Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag
Dr. Irene Wiegand

Briefanschrift: Bundespräsidialamt 11010 Berlin, Internet: http://www.bundespraesident.de E-Mail: irene.wiegand@bpra.bund.de
Telefon: (030) 2000 - 0 Behördennetz: (01888)500-0 (Durchwahl: -0)
Telefax: (030) 2000-1999 Behördennetz: (01888) 500 - 1999 (Durchwahl: -1916)

Kommentar der Mieter:

Ein deutlich desinteressierter Abwimmelungsbrief, der zeigt, wie „bürgernah“ das Präsidialamt ist.

Eigentlich hätte man unserem Brief entnehmen können, dass wir keineswegs eine „Gesetzesinitiative“ vom Bundespräsidenten erwartet haben sondern lediglich eine Meinungsäußerung an gegebener Stelle. Dazu hätten wir uns ein Gespräch mit dem Präsidenten, als einem hier im Bezirk wohnhaften Mitbürger gewünscht. Der wenig hilfreiche Vorschlag, mit unseren Bezirksvertretern, die wir selbstverständlich zuerst und mehrfach angesprochen hatten, zu reden, ist ärgerlich. - Ein Beispiel dafür, wie Politiker gern verfahren: Sie siedeln oft ihre Gesprächspartner auf einer unteren Verständnisebene an und speisen sie dann mit Allgemeinplätzen ab.